



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Debatte zur Zukunft des Sozialstaats dringend nötig

Koalition wird Hartz IV-Urteil schnell umsetzen

Das Bundesverfassungsgericht hat der Politik aufgetragen, bei der Berechnung der Hartz IV-Leistungen für Transparenz zu sorgen. Dies hat aber nicht zwingend auch eine Erhöhung der Leistungssätze zur Folge, denn das Gericht kritisierte die grundsätzliche Höhe der Sätze nicht. Zugleich müssen die Leistungen für Kinder nun ebenfalls aufgrund des Bedarfs errechnet werden. Damit entfällt die bisherige Pauschalierung.

Die Regierungskoalition wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umsetzen. Allerdings ist zur Neuberechnung der Bedarfssätze für Kinder Datenmaterial erforderlich, das erst für den Herbst erwartet wird. Bereits vorher wird aber das grundsätzliche Verhältnis von Geld- und Sachleistungen geklärt werden.

Zudem haben in Berlin Beratungen über eine Neuregelung der Verwaltungsstrukturen begonnen. Die bisherige Mischverwaltung aus Arbeitsagentur und Kommunen wurde bereits 2007 vom Verfassungsgericht für unzulässig erklärt. Daher hat sich die Koalition jetzt auf eine Grundgesetzänderung verständigt, der auch die SPD zustimmen muss. Dabei wird es interessant sein, wie sich die SPD zum Wunsch vieler Kommunen verhalten wird, die Hartz IV-Bezieher künftig alleine zu betreuen. Bislang ist dies nur 69 sog. „Optionskommunen“ gestattet, weil die SPD eine Ausweitung stets verweigerte. Der Wunsch der Kommunen hiernach ist aber sehr groß. Auch der Pforzheimer Oberbürgermeister hat sich in Schreiben an die Bundestagstagsabgeordneten wiederholt mit großem Nachdruck dafür eingesetzt. Es wird interes-

sant werden, ob die SPD diesem Anliegen endlich entspricht.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass in Deutschland endlich eine Debatte zur Zukunft des Sozialstaats begonnen hat, die uns noch lange beschäftigen wird. Aber wir müssen dies in einem Ton diskutieren, der ein sachgerechtes Ergebnis auch erzielbar macht. Generalverdächtigungen helfen hier nicht weiter, denn wir dürfen bei dieser Diskussion nicht vergessen, dass sich unter den Hartz IV-Beziehern u.a. 600.000 Alleinerziehende mit 1 Million Kinder befinden.

Leider kommt mir in der Debatte über die Leistungshöhe bei Hartz IV viel zu kurz, dass eine deutliche Aufstockung der Regelsätze eine höhere Verschuldung zur Folge hätte. Aber aus Gründen der Generationengerechtigkeit müssen wir dafür sorgen, dass der Haushalt nicht völlig aus dem Ruder läuft. Und Steuererhöhungen zur Verbesserung der Hartz IV-Leistungen kommen für mich nicht in Frage, denn wir müssen immer auch jene im Blick haben, die durch ihr Einkommen die Sozialleistungen finanzieren. Wer morgens aufsteht, um sich und seine Familie aus eigener Kraft zu versorgen, muss immer mehr Geld zur Verfügung haben als jene, die dauerhaft nicht arbeiten. Zugleich müssen wir aber auch die Arbeitsanreize für Hartz IV-Bezieher erhöhen. Daher müssen die Hinzuverdienstmöglichkeiten überarbeitet werden. Denn das Ziel der Arbeitsmarktreformen ist nach wie vor, die Menschen schnell wieder in Arbeit zu vermitteln.

Zitat der Woche

«Im Deutschen Bundestag hat es in allen Legislaturperioden völlig unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen immer einen Konsens darüber gegeben, dass die Regeln dieses Hauses ausnahmslos für alle gelten. Und wir haben die Unverzichtbarkeit der strikten Einhaltung dieser Regel auch im Bewusstsein der historischen Erfahrung für unabdingbar gehalten, dass ein deutsches Parlament an dem leichtfertigen Umgang mit den selbst gesetzten Regeln bereits einmal gescheitert ist.» (Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am 26.2. zum Ausschluss der Linksfraktion von der Sitzung)

Linkspartei veranstaltet Krawall im Plenum

Bei der heutigen Debatte zur Verlängerung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr haben die Abgeordneten durch ihre Protestplakate die Würde des Parlaments schwer geschädigt. Konsequenterweise wurden sie vom Bundestagspräsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. Bereits mehrfach hatten Abgeordnete der Linken Debatten durch Proteste gestört, diesmal beteiligten sich erstmals alle Fraktionsmitglieder.

Mittel für CO₂-Gebäudesanierung erhöht

Auf Antrag der christlich-liberalen Koalition hat der Haushaltsausschuss die Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms um 400 Mio. € erhöht. Bemerkenswert ist, dass die SPD, die dieses Programm in den vergangenen Jahren in der Großen Koalition noch mitgetragen hat, den Erhöhungsantrag abgelehnt hat. Damit stehen 2010 1,5 Mrd. Euro zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO₂-Ausstosses bei Wohngebäuden, in Großwohnsiedlungen und bei kommunalen Einrichtungen, wie z.B. Schulen und Kindergärten, zur Verfügung. Die im Haushaltsentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Mittel in Höhe von bereits 1,1 Mrd. € sind nochmals um mehr als ein Drittel erhöht worden. Damit hat die Koalition auf Befürchtungen reagiert, dass das erfolgreiche Programm aufgrund fehlender Mittel bereits im Sommer dieses Jahres gestoppt werden müsse.

Photovoltaikförderung mit Augenmaß umgestellt

In den letzten Jahren sind die Preise für Solaranlagen um 50% gesunken. Die bisherigen Einspeisevergütungen führten daher zu einer Überförderung, die wirtschaftlich nicht länger zu vertreten ist. Daher werden ab Juli die Subventionierung von Anlagen auf

Dächern um 16 Prozent und für Freiflächenanlagen um 15 Prozent gekürzt. Für bereits geplante Freiflächen ist eine Übergangsregelung vorgesehen. Damit ist für diese Projekte Planungs- und Investitionssicherheit gewährleistet. Die Förderung von Anlagen auf Ackerflächen entfällt gänzlich. Zur gesamten Stromerzeugung trägt die Photovoltaik nur zu rund einem Prozent bei. Die Koalition hat Handlungsfähigkeit bewiesen und dafür gesorgt, dass Überförderungen vermieden und Innovationen angereizt werden. Trotz der beschlossenen Rückführung der Überförderung wird die Photovoltaik weiterhin eine wichtige Zukunftsbranche in Deutschland bleiben.

Ausbildungspakt trotz Krise erfolgreich

Trotz der Wirtschaftskrise ist die Lage am deutschen Ausbildungsmarkt insgesamt positiv. Zwar ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 8,2 % auf 566.000 zurückgegangen, dennoch konnte jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung gemacht werden. Insgesamt sind zum jetzigen Zeitpunkt noch 4.400 Bewerber unversorgt. Ihnen stehen jedoch deutlich mehr offene Angebote zur Verfügung, darunter allein 11.100 unbesetzte Plätze in der Einstiegsqualifizierung.

Zur Nachahmung empfohlen – Deutsche Bahn verzichtet auf Anglizismen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Einsicht der Deutschen Bahn, künftig auf Anglizismen zu verzichten. Service Point, Kiss&Ride Zone, Counter, Call a bike – mit diesen unnötigen und missverständlichen Anglizismen auf deutschen Bahnhöfen ist es nun endlich bald vorbei. Damit kommt das Unternehmen den Forderungen der Union nach, für eine verständliche deutsche Sprache einzutreten und nimmt so eine Vorbildfunktion für andere deutsche Konzerne ein.